

# Der Volksstaat

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.  
Bestellungen nehmen alle Postämter und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.  
Für Leipzig nehmen Bestellungen an:  
die Expedition, Hohe Str. 4.  
H. Sebel, Petersstr. 18.  
F. Zehle, Emilienstr. 2.

**Abonnementpreis:**  
für Preußen incl. Stempelsteuer 17 Sgr., für die übrigen deutschen Staaten 12 1/2 Rgr. per Quartal, per Monat 4 1/2 Rgr., für Leipzig und Umgegend per Quartal 13 Rgr.  
Filialexpedition für die vereinigten Staaten:  
F. A. Sorge, Box 101  
Hoboken N. J. via New York

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.

**Abonnements auf den „Volksstaat“**  
für den Monat Juni à 4 1/2 Silbergroschen pr. Monat werden bei allen Postämtern, für Leipzig bei der Expedition Hohestraße 4, die Petersstraße Nr. 18, 1 und bei Kolporteur Wülke für die Umgegend Leipzigs bei den Filialexpeditionen in Volkmarzdorf, Plagwitz entgegengenommen.  
Die Expedition des „Volksstaat.“

### Das Einkommen und seine Vertheilung. (Schluß.)

Wir können das Gesamt-Einkommen jeder Nation nun in zwei Theile zerlegen; i den einen Theil, der von der Rente abforbirt, also ohne alle Arbeit erworben wird, und in den dann noch übrigbleibenden Rest, welcher als Arbeitslohn den Arbeitern — hier im weitesten Sinne des Wortes — zu Gute kommt. Je größer die eine Theil, desto kleiner ist naturgemäß der andere.

Je mehr also von dem Gesamt-Einkommen eines Volkes zur Zahlung der Renten verwendet werden muß, desto kleiner wird der für die Arbeit übrigbleibende Theil — je größer die Summe des Arbeiter-Einkommens, desto kleiner wird der Antheil der Rente.

Denken wir uns nur einen, in Bezug auf die Production stationären\*) Zustand, als ein Volk, in dem die Arbeit lange Zeit hindurch in derselben Art und Weise betrieben wird. Da werden auch im Ertrage der Arbeit keine großen Schwankungen eintreten; die einmal reicheren, einmal schlechteren Ernten werden an dem den Arbeitern gewohnheitsmäßig zustehenden Antheil am Einkommen keine große Veränderung erzeugen; auch die Rente wird stationär sein.

Ein stationärer Zustand der Production erhält also die Antheile des Einkommens, welche dem Arbeiter und der Rente zufallen, in ziemlich gleichbleibendem Verhältnis.

Tritt dann durch irgend welche Ursache eine Verminderung der Production ein, wird die Gesamt-Production und also das Gesamt-Einkommen kleiner — wie es z. B. in Folge des 30jährigen Krieges in Deutschland der Fall war — so wird, da der Antheil der Arbeiter in Folge des ehernen Pohngegesetzes nicht bedeutend vermindert werden kann, dieser Antheil einen größeren Bruchtheil des Gesamt-Einkommens ausmachen, als früher; der Antheil der Rente dagegen einen kleineren Bruchtheil.

Im stationären Zustand betrage z. B. das Gesamt-Einkommen 1000, der Antheil der Arbeiter 700, der der Rente 300. Sinkt nun das Einkommen auf 800, so bekommen die Arbeiter doch noch den gewohnheitsmäßigen Unterhalt, eher, in Folge der vermehrten Arbeits-Nachfrage, mehr, also denselben Betrag an Gütern, das ist 700. Während sie also früher 7/10 des Gesamt-Einkommens erhielten, bekommen sie nun 7/8, die Rente ist dagegen von 3/10 auf 1/8 gesunken.

Bei abnehmender Productivität der Arbeit steigt also der Antheil der Arbeiter am Gesamt-Einkommen, der Antheil der Rentenbesitzer wird kleiner.

Betrachten wir nun den Zustand, in dem sich seit ca. 100 Jahren die Gesellschaft befindet, indem von Jahr zu Jahr neue Erfindungen gemacht werden, welche die Productivität der Arbeit fortwährend steigern. Es wird unnötig sein, hier eingehender zu erörtern, welchen Einfluß die Dampfkraft und alle von ihr in Bewegung gesetzten Maschinen auf die Production geübt haben. Wir können, ohne Widerspruch zu erwarten, behaupten, daß die Productivität der Arbeit seit Einführung und Benützung der Dampfkraft sich mehr als verdoppelt hat. Wie stellt sich jetzt das Verhältnis des Einkommens zwischen den arbeitenden und nichtarbeitenden Classen?

Gehen wir von den vorher beispielsweise gebrauchten Zahlen aus, und nehmen wir an, die Arbeit sei doppelt productiv geworden, so beträgt nun das Gesamt-Einkommen statt 1000 — 2000. Nach dem Ricardo'schen Gesetz kann aber das Einkommen der Arbeiter nur unbedeutend steigen, es bleibt auf dem zur Ernährung und Fortpflanzung notwendigen Quantum von Gütern, nicht Geld, stehen, also auf 700.\*\*)

Jetzt beträgt also das Arbeits-Einkommen 7/20, das Renten-Einkommen 13/20 der Gesamtproduction. Während also das Arbeits-Einkommen im Verhältnis zum Gesamt-Einkommen auf die Hälfte gesunken ist, hat sich das Renten-Einkommen mehr als verdoppelt.

Bei zunehmender Productivität der Arbeit sinkt also der Antheil, den die Arbeiter am Gesamt-Einkommen haben, während der Antheil der Rentner steigt!

Wir wollen zugeben, daß das Ricardo'sche Gesetz, durch allerhand Störungen gehindert, nur selten in voller Schärfe zur Wirksamkeit gelangt; wir wollen einmal annehmen, der Wohlstand der Arbeiter sei um 50% gestiegen — was ändert selbst solche Annahme an dem oben aufgestellten Satze?

Rechnen wir zu der Zahl 700 noch 50% zu, so beträgt der Antheil der Arbeiter bei dem gesteigerten Arbeits-Ertrag

1050 gegen die früheren 700 = 1400/1000, der Antheil der Rente 950 gegen die früheren 300 = 600/1000; man sieht, der von Robertson aufgestellte Satz bleibt also selbst bei um 50% gesteigertem Wohlstand der Arbeiter unwiderleglich stehen!

Ist denn aber unser Zugeständniß von dem um 50% gegen frühere Zustände gesteigerten Wohlstand der Arbeiter ein begründetes?

Die Frage ist sehr schwer zu beantworten. Wir wollen uns daher mit einigen Andeutungen begnügen.

Als nach dem Sturze des ersten Napoleon sich die socialen und staatlichen Verhältnisse wieder consolidirt hatten, war der Zinsfuß 3 1/2—4%; heute steht er, augenblickliches Weichen abgerechnet, auf durchschnittlich 6%, d. h. ein Capital kann zu diesem Zinsfuß mit ziemlicher Sicherheit angelegt werden. Danach ist die Rentabilität, trotz der unlängbaren Zunahme der Capitalien, für das Capital um mindestens 50% gestiegen, d. h. während man früher erst in 25 Jahren durch die jährlichen Zinsen den Betrag des ausgegebenen Capitals zurück-erhielt, genügen heute dazu schon 16 2/3 Jahre. Ein Rentner, der 50 Jahre lang von den Zinsen seines Capitals lebte, verzehrte dasselbe also bei einem Zinsfuß von 4% in den 50 Jahren zweimal, ohne zu arbeiten und ohne sein Capital zu verlieren; heute verzehrt er es, bei 6% Zinsen, in derselben Zeit dreimal.

Der Antheil der Rente am Gesamt-Einkommen ist also, wie aus dem Vorstehenden ersichtlich, wirklich größer geworden. Wie sieht es dagegen mit dem Antheil der Arbeiter aus?

Wir wollen, um einen treffenden Belag zu bringen, nur eine Stelle aus einem offiziellen Schriftstück hier citiren. Der Königl. Preussische General-Handels- und Fabriken-Commissarius Kunth sagt in einer, dem Staatsrath eingereichten Denkschrift vom 25. März 1817:

„Die Baumwollen- und Kattunweberei gehört zu den „allerärmlichsten Erwerbsmitteln. Jede andere Handwerks-, ja selbst die gemeinsten Tagelöhnerarbeiten sind in Berlin einträglicher. Ein Kattunweber verdient hier 6 bis 7 gute Groschen; den Lohn eines Tischlergesellen kann man, einschließlich Wohnung und Kost, auf 1 Thlr., des Maurergesellen auf 1 Thlr. 4 bis 8 Gr. annehmen. Ein Holzhauer bringt es wenigstens auf 1 Thlr. Bei den Chausseebauten hat man 8—10 g. Gr. bezahl und fast nirgends die nöthige Arbeiterzahl zusammen bringen können.“

Aus diesem Altestück ersehen wir, wie damals, kurz nach dem Kriege, der Geldlohn gestanden hat; unsere Leser können die heutigen Löhne selbst damit vergleichen; es liegt uns aber ob, festzustellen, wie sich dieser Geldbetrag zu dem Einkommen an Gütern verhielt; wieviel Lebensmittel jener Geldlohn repräsentirte, und wie viel die heutigen Löhne einzukaufen gestatten.

Die Preise der Hauptnahrungsmittel, Roggen, Kartoffeln, Rindfleisch, Schweinefleisch bieten dafür das beste Material; von Wohnungsmiethe und Heizmaterial wollen wir absehen, weil deren enorme Preissteigerung bekannt ist.

Nach der offiziellen Zeitschrift des Königl. Preuss. statistischen Büreaus, Jahrgang 1871 betragen die Durchschnittspreise jener Nahrungsmittel für den ganzen Staat in den Jahren

	pro Scheffel Roggen Sgr. Pf.	pro Scheffel Kartoffeln Sgr. Pf.	pro Pfund Rindfleisch Sgr. Pf.	pro Pfund Schweinefleisch Sgr. Pf.
1821/1830	34 9	12 5	2 4	2 9
1831/1840	40 3	13 2	2 7	3 1
1841/1850	49 2	17 —	2 10	3 8
1851/1860	66 2	23 8	3 6	4 7
1861/1870	61 10	22 5	4 4	5 3

Man sieht, daß durch die Mißernten in den fünfziger Jahren eine vorübergehende Steigerung der Preise entstanden ist; sonst sind die Hauptnahrungsmittel von 10 zu 10 Jahren gleichmäßig gestiegen und haben sich deren Preise in fünfzig Jahren nahezu verdoppelt.

Bei sich gleichbleibendem Geldlohn wäre also das Einkommen der Arbeiter beinahe um die Hälfte gesunken, bei ungefähr auf das Doppelte gestiegenem Geldlohn wäre es ungefähr das Gleiche geblieben; muß diesen Thatsachen gegenüber unser eventuelles Zugeständniß, daß die Arbeiter, dem Ricardo'schen Gesetz zum Trotz, um 50% an Einkommen gewonnen haben sollten, — nicht als eine durchaus unbegründete Annahme erscheinen?

Je weiter die Menschen bei der heutigen Produktionsweise in der Erkenntniß der Naturkräfte fortschreiten, je mehr sie dadurch befähigt werden, der Natur die für Alle ausreichenden Lebensmittel mit immer weniger Arbeit abzugewinnen, je mehr Güter die Arbeit erzeugt — desto größer wird, wie wir nachgewiesen haben, der Abstand in den materiellen Verhältnissen zwischen den besitzenden und den nichtbesitzenden Classen; die ziellose Handelsfreiheit (Alienschwindel) erhöht noch die Macht des Groß-Kapitals, welches in Folge des Gesetzes der Schwere die kleineren Capitalien auffaßt, den Mittelstand vernichtet und die Zahl der Proletarier vermehrt.

Jedoch: „Es wohnt ein Geist des Guten in dem Uebel!“ Grade diese Zustände brechen der Erkenntniß immer mehr Bahn, die schon Zacharia in seinen „10 Büchern vom Staat“ mit den Worten ausgesprochen hat:

„Alle die Leiden, mit welchen zivilisirte Völker zu kämpfen

haben, lassen sich auf das Sondereigenthum an Grund und Boden, als auf ihre Ursache, zurückführen.“

Mit der wissenschaftlichen Erkenntniß der Krankheits-Ursache ist der erste Schritt zur Heilung der Krankheit gethan!

### Zum Gewerkschaftskongress in Erfurt.

B. Der Gewerkschaftskongress steht vor der Thür. Wenn also auch etwas spät, so doch nicht zu spät wollen wir unser Programm für den Kongress entwickeln und es wird uns sehr angenehm sein, wenn die hier niedergelegten Anschauungen auch in Erfurt Berücksichtigung finden.

Es läßt sich nicht leugnen, daß die organisirte Gewerkschaftsbewegung in Deutschland noch ziemlich im Argen liegt. Die Spaltung der Arbeiterklasse in verschiedene Fractionen, die gegenseitige erbitterte Belämpfung trägt dazu nicht am wenigsten bei. Ist es schon schlimm, wenn die Arbeiter sich in den gemischten sozial-politischen Organisationen gegenübersehen, dann ist es noch viel schlimmer, wenn wiederum — und dies ist in solchem Falle unausbleiblich — die Arbeiter jedes einzelnen Gewerks, ja jeder einzelnen Fabrik und Werkstätte, in zwei, drei Lager gespalten, sich besehden. Dieser unheilvolle Streit, welcher zum nicht geringsten Theile sich nicht um Prinzipien und Theorien, sondern um bloße Formen dreht, also um Etwas, das stets veränderlich ist und veränderlich sein muß, weil die Form (also in diesem Falle die Organisation) stets sich den Verhältnissen anzupassen hat, ist der besondere Fluch, unter dem die deutsche Arbeiterbewegung leidet. Daß gewissenlose Menschen auf diesen Formstreit hin eine große Masse fanatisiren konnten und können, ist zugleich ein höchst trauriger Beweis der Beschränktheit eines Theiles der Arbeiterklasse. Man spöttelt auf das in den Formen verkümmerte Christenthum, das doch immer achtzehn Jahrhunderte hinter sich hat, also ein Alter, das zum Verkümmern ansetzt, während die neuere soziale Bewegung in Deutschland kaum 10 Jahre alt ist und Verkümmerssymptome bereits aufweist. Wir zweifeln nicht, daß die Arbeiterbewegung diese Verkümmersanfälle überwinden wird, vorläufig aber treten sie der Entwicklung hindernd in den Weg.

Auf die Ursache dieser Erscheinung hinzuweisen gegenüber den so oft gehörten Klagen über die Unvollkommenheit der Gewerkschafts-Organisation hielten wir zunächst für nöthig.

In den Gewerkschaften liegt das Mittel, die jetzt bestehende Spaltung unter den Arbeitern zu beseitigen. Sind die Arbeiter erst von der Nothwendigkeit der Gewerkschafts-Organisation überzeugt, so werden sie auch schnell einsehen, daß dann die Verhegung nicht mehr fortbauern darf; das Bedürfnis nach Einigung und Verständigung wird rapid anwachsen und schließlich mit Leichtigkeit das Entgegenkommen derjenigen Elemente beseitigen, die an der Verhegung ein persönliches Interesse haben. Der deutsche Webertag in Berlin bestätigt diese Auffassung glänzend.

Schon dieser eine Grund wäre genügend, Allen, die es mit der Sache ehrlich meinen, den Anreiz zu geben, für die Beseitigung der Gewerkschafts-Organisation Sorge zu tragen. In der Gewerkschaft beruht die Zukunft der Arbeiterklasse; sie ist es, in der die Massen zum Klassenbewußtsein kommen, den Kampf mit der Kapitalmacht führen lernen, und welche so, naturgemäß, die Arbeiter ohne äußeres Zutun zu Sozialisten macht.

Sorge also der Gewerkschaftskongress in erster Linie für eine systematisch betriebene Agitation zu Gunsten der Gewerkschaften: eine Agitation — nicht von den einzelnen Gewerkschaften ausgehend, sondern von der verbündeten Gesamtheit. Das erspart Kraft, Zeit, Geld — drei Dinge, die wir nicht überflüssig haben. Wer für die Tischler oder die Schneider oder die Schuhmacher an einem Orte agitirt, kann es auch für alle drei zugleich thun, und namentlich, wenn es sich um Eroberung fernere, der Bewegung bisher fremd gebliebener Orte oder Provinzen handelt, wird die Zeit-, Kosten- und Kräfteersparniß eine bedeutende sein.

Größere Leistungen können nur durch größere Mittel, diese wiederum nur durch größere Organisation möglich gemacht werden. Also Organisation, Verbindung der verschiedenen Gewerkschaften unter sich!

Es soll eine Union gebildet werden. Dieses Wort ist sehr mißverstanden worden, wie aus verschiedentlichen Auffassungen im „Volksstaat“ hervorgeht. Man meint, die Union sei ein kunterbuntes Zusammenwerfen aller Arbeiterbranchen, heiße also Aufhebung der einzelnen Gewerkschaften, Aufhebung der einzelnen Verwaltungen etc. und Verschmelzung aller Gewerkschaften zu einer einzigen. Wenn der Kongress das billigte, würde man in Erfurt nicht aufbauen, sondern einreißen, nicht organisiren, sondern zerstören. Gerade darin liegt ja die Stärke der Gewerkschaften, daß, weil sie den täglichen Bedürfnissen der Gewerkschaften Rechnung zu tragen bestimmt ist, sich die Massen ihr anschließen. Neben den allgemeinen Bedürfnissen hat aber jedes Gewerk seine besonderen eigenthümlichen, die in einem allgemeinen Mißgeschick nie und nimmer ihre Berücksichtigung finden können. Die Masse der Menschen — und davon machen die Arbeiter keine Ausnahme — sieht zunächst das ihr Zuzunehmende, ihr ist das Hemd näher als der Rock. Bei einem solchen Mißgeschick werden die Massen dieser Sorte

\*) stillstehenden.  
\*\*) Man muß bei diesen Zahlen nicht an Geld, sondern an Waaren denken; es dreht sich beim Einkommen, also bei der Vertheilung der produzierten Güter, nur um diese Güter selbst, und da bleibt das zur Ernährung der Arbeiter nöthige Quantum von Lebensmitteln ziemlich gleich.

von „Union“ gerade so fern bleiben, wie sie es den rein sozial-politischen Organisationen geblieben sind, welche nur das aktive Element enthielten und als die eigentlichen Cadres, um uns militärisch auszudrücken, für die Bewegung gelten können.

Die Schuhmacher Färths verlangen geradezu in einer der letzten „Volksstaats“-Nummern die Aufhebung der einzelnen Gewerkschaften, „weil die Verwaltungen die Einnahmen verschlingen“. Wieder einmal eine Verwechslung von Ursache und Wirkung. Nicht die Gewerkschaften an sich sind schuld, daß die Verwaltung theuer ist, sondern die geringe Mitgliederzahl. 300 Mitglieder auf 10 verschiedene Orte vertheilt, brauchen denselben Verwaltungsapparat, wie 5- oder 10,000 in 100 Orten. Aber die Kosten vertheilen sich ganz anders. Man wirke also für die Ausdehnung der Gewerkschaften und die Verwaltungslast wird nicht nur erträglich, sie wird bei sehr großer Mitgliederzahl kaum verspürt werden. Gewerkschaften, wie z. B. die der englischen Kohlenarbeiter erhalten nicht nur eine gute Verwaltung, sondern bezahlen auch einen Anwalt, der ausschließlich ihre Rechtsstreitigkeiten mit den Kapitalisten führt und jährlich 1000 Pfd. Sterling = 6666 Thlr. 20 Sgr. Gehalt bezieht. Man vergleiche diese eine Leistung mit den Leistungen unserer Gewerkschaften, und man wird staunen. Freilich ist die erwähnte Gewerkschaft nicht 300, auch nicht 1000 Mitglieder stark, sondern weit über 30,000, und da läßt sich Großes schaffen. 10,000 Schuhmacher in Deutschland für die Gewerkschaft zu gewinnen, ist möglich, aber vorläufig sind es wohl kaum mehr als 6-700 und das ist ein arges Mißverhältniß. Die Union soll und darf also nicht ein Gemisch aller möglichen Arbeitsbranchen sein, sondern eine gesunde Föderation (Verbindung) aller bestehenden Gewerkschaften, die sich eine Centralleitung geben: eine Centralleitung, welche 1) alljährlich im Einverständnis mit den einzelnen Gewerkschaftsverwaltungen den allgemeinen Kongreß einberuft, mit dem gleichzeitig, wiederum der Kostenersparniß halber, die Kongresse oder Generalversammlungen der einzelnen Gewerkschaften tagen; 2) das in den einzelnen Gewerkschaften zusammenlaufende statistische Material zusammenstellt; 3) die Erfahrungen, welche die einzelnen Gewerkschaften in Bezug auf Organisation, Rassenwesen u. dergl. erlangen, Allen zugänglich macht; 4) darüber entscheidet, ob ein Strike, der in einer Gewerkschaft ausgebrochen, von den übrigen unterstützt werden soll und inwiefern; 5) die allgemeine Agitation für die Ausbreitung der Gewerkschaften in die Hand nimmt; 6) die gemischten Gewerkschaften verwaltet, welche an Orten sich zu bilden haben, wo einzelne Gewerke nicht stark genug sind, sich selbstständig zu organisiren, und die Steuern derselben an die Verwaltung der einzelnen Gewerkschaften abzuführen hat.

Daß für alle diese Funktionen der Centralleitung eine Steuer gezahlt werden muß, ist selbstverständlich; diese hätten die Rassen der einzelnen Gewerkschaften nach der Kopfzahl ihrer Mitglieder zu leisten. Die Centralbehörde wäre zu bilden aus dem aus mehreren Personen bestehenden Präsidium und aus Delegirten der Gewerkschaften, welche der Union angehören.

In Bezug auf die gemischten Mitgliedschaften müssen wir uns etwas ausführlicher aussprechen. Eine bekannte Sache ist es, daß an sehr vielen kleinen und selbst mittleren Orten, wo keine Großindustrie existirt, die Gehilfenzahl in der Regel eine sehr geringe ist. Man findet da ein paar Schneider, ein paar Schuhmacher, Tischler u., jede Branche aber zu schwach, um für sich eine Mitgliedschaft zu gründen. Dem soll durch die gemischte Mitgliedschaft abgeholfen werden. Schneider, Schuhmacher, Holzarbeiter, Metallarbeiter u., alle zusammen kaum so stark, um eine mittelgroße Mitgliedschaft zu bilden, wählen aus ihrer Mitte einen gemeinschaftlichen Bevollmächtigten, Revisor u. Nun aber sind die Beiträge verschieden und werden es bleiben, so lange in der materiellen Lage der einzelnen Gewerke erhebliche Unterschiede bestehen. Sollen diese Verschiedenheiten in der gemischten Mitgliedschaft aufhören? Nein. Hier tritt also die Unionsverwaltung in Thätigkeit. Ihr werden die Bevollmächtigten und Revisoren angezeigt und sie macht sie öffentlich bekannt. Die Unionsverwaltung liefert den gemischten Mitgliedschaften auch die Bücher, Stempel u. Diese Bücher haben nun Contis für sämtliche der Union angehörige Gewerkschaften. Handelt es sich um Einkassirung der Steuern in einer solchen gemischten Mitgliedschaft, dann ist das Verfahren des Steuereintreibenden folgendes: Es meldet sich ein Schneider zum Zahlen; das Conto der Schneidergewerkschaft wird aufgeschlagen und der Betrag eingetragen; kommt ein Schuhmacher, wird der Betrag in dem Schuhmachergewerkskonto vermerkt u. s. w., die Mitgliederbücher mit dem Unionsstempel abgestempelt. Vierteljährlich erfolgt der Abschluß und nach erfolgter Prüfung durch den Revisor werden an die Unionsverwaltung, nach Abrechnung der Beträge für etwaige Wanderunterstützung der einzelnen Gewerke, z. B. die Steuern von 8 Schneidern, 7 Schuhmachern, 5 Holzarbeitern, 6 Metallarbeitern u. abgeliefert. Solche Abrechnungen können bei der Unionsverwaltung eingehen von 40, 50 und mehr Orten. Die Unionsverwaltung stellt jetzt für jede einzelne Gewerkschaft die Abrechnung auf, z. B.: für die Schneidergewerkschaft sind eingegangen von Eilenburg für 9 Mitglieder 2 Thlr. 11 Sgr., von Bockenheim für 8 Mitglieder 2 Thlr. 5 Sgr., von Lauchstädt für 6 Mitglieder 1 Thlr. 20 Sgr. u. s. w.

Die Abrechnung wird nebst der Summe nach Abzug des der Unionsverwaltung zufallenden Steuertheils den einzelnen Gewerkschaftsverwaltungen zugesandt. Bei dieser Einrichtung braucht der Bevollmächtigte der gemischten Mitgliedschaft vierteljährlich nur eine Sendung mit so viel ausgefüllten Rechnungsformularen, als Gewerkschaften an seinem Orte vertreten waren, an die Unionsverwaltung zu senden. Er hat also nicht mehr Arbeit, als der Bevollmächtigte einer größeren einfachen Mitgliedschaft. Umgekehrt ist dadurch, daß die Unionsverwaltung von einer Menge kleiner Orte die Abrechnung in 5, 6 oder 8 Rubriken, soviel als der Union Gewerkschaften angehören, zusammenstellt, die Arbeit sehr erleichtert und mit 5, 6 oder 8 Briefen abgemacht.

Der Unionsverwaltung müßte ferner von jeder einzelnen Gewerkschaft eine Anzahl Mitgliederbücher gegen Ver-

rechnung übergeben werden, welche diese an Orte, wo gemischte Gewerkschaften sich bilden, abgeben kann. Die Unionsstatuten und Reglements müssen selbstverständlich in allen Mitgliederbüchern der zur Union gehörigen Gewerkschaften beigebracht werden.

Es kann aber noch eine andere Nothwendigkeit oder Mängelheit der Organisation gemischter Gewerkschaften eintreten.

An einem Orte soll eine Branche ganz besonders stark vertreten sein, z. B. die Manufakturarbeiter, während die anderen Gewerke unter kleinbürgerlicher Form produziren und nur wenig Arbeiter aufweisen. Dann kann die bestehende Manufakturarbeiter-Mitgliedschaft die Kassirung der Beiträge ganz in der oben vorgeschriebenen Form übernehmen und, während sie ihre eigenen Selbstgeschäfte mit der Verwaltung der Manufakturarbeiter-Gewerkschaft abmacht, die von anderen Branchen eingehenden Gelder an die Unionsverwaltung abliefern.

Diese hier skizzirte Einrichtung der gemischten Mitgliedschaften hat sehr große Vortheile. Erstens kann dadurch der kleinste Ort in die Bewegung hineingezogen werden, und von größeren Orten kommende Gewerkschafts-Mitglieder können überall ihren Pflichten nachkommen und ihre Rechte in Anspruch nehmen. Zweitens wird bei Stilles ein Element zur Lahmlegung derselben fern gehalten, das jetzt schon oft sehr un bequem geworden ist. So erzählten uns kürzlich Buchdrucker, daß ihr ausgezeichnet organisirter Verband häufig darunter leide, daß bei Arbeitseinstellung die Gehilfen aus kleinen Städten, die der Bewegung fern stehen, die Vorgänge nicht kennen, auf verlockende Anerbietungen anbeißten und damit den Strike vereiteln; beim Buchdruckerstrike in Stuttgart habe sich dieses Uebel sehr fühlbar gemacht, dort seien auf diese Art eine ganze Zahl Sezer ausgetrieben worden.

Dem wird durch die gemischten Mitgliedschaften abgeholfen, die organisirte Bewegung wird durch sie in die kleinsten Orte getragen.

Die hier vorgeschriebene Organisation und Verwaltung ist dabei so einfach, daß es nur der praktisch eingerichteten Bücher und einer populär geschriebenen und allen Bevollmächtigten gedruckt einzuhändigenden Instruktion bedarf, um sie einleuchtend zu machen.

Wir hoffen, daß unser Vorschlag auf dem Erfurter Kongreß nicht denselben Widerstand aus Mißverständnis begegnen, den er voriges Jahr bei der Besprechung über Gewerkschaftsangelegenheiten auf dem Dresdener Kongreß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu überwinden hatte.

Einfacheres als unseren Vorschlag giebt es nicht.

Noch einen Punkt haben wir zu erwähnen. Man beachtlich, in Erfurt die Gründung eines eignen, vom jetzigen Organ getrennten Gewerkschaftsorgans vorzuschlagen. Wir sind entschieden dagegen. Ein solches Blatt erheischt aufs Neue große Mittel: eine besondere Redaktion, Expedition, und für jeden Einzelnen, der es hält, besondere Ausgaben. Es scheint, man hat auf verschiedenen Seiten keinen rechten Begriff von der Größe der Opfer, die ein Blatt zu gründen und eristenzfähig zu machen kostet; ganz abgesehen davon, daß dem bestehenden Organe damit eine ganz unnütze Konkurrenz gemacht wird.

Man antwortet: das neu zu gründende Blatt soll für jedes Gewerkschaftsmitglied obligatorisch werden und der Betrag dafür in der Steuer bezahlt werden. Wir sagen: die meisten Gewerkschaften haben Mühe, ihre jetzigen Steuern aufzubringen; das Blatt kann aus den bisherigen Steuern unmöglich bestritten werden, diese müßten also erhöht werden. Die zwangsmäßige Erhöhung würde aber nicht nur viele alte Mitglieder verschrecken, sondern auch Andere abhalten, beizutreten. Das wäre Schaden, wo man Nutzen stiften will.

Wir begreifen wohl das Verlangen nach einem eignen Gewerkschaftsorgan, weil bisher die Verhältnisse es mit sich brachten, daß der „Volksstaat“ nach dieser Seite zu wenig leistete. Die Gewerkschafts-Bewegung muß entschieden in den Vordergrund treten, fleißiger besprochen werden als bisher. Nur sehen wir nicht ein, daß dazu ein apartes Organ nothwendig ist, das bei ein Mal wöchentlichem Erscheinen — und an öfteres ist nicht zu denken, soll die Steuerlast nicht zu groß werden — bei weitem nicht genügt. Sollen wichtige Gewerkschaftsmitteltheilungen volle 8-10 Tage warten, ehe sie in die Hände der Interessenten gelangen, dann dürfte es oft zu spät und die Mittheilung nutzlos sein. Man benutze also das vorhandene zu dem größeren Zweck. Man beschleße in Erfurt immerhin die Herausgabe eines speziellen Gewerkschaftsorgans, aber man lasse es als Beilage zum „Volksstaat“ erscheinen, ohne daß letzterer im Preise dadurch erhöht wird. Vom 1. October an wird der „Volksstaat“ eine wöchentliche Beilage recht gut ertragen können; entsteht im ersten und zweiten Quartal ein kleines Deficit, so wird dieses durch die Gewerkschaften gedeckt; es beträgt aber sicher nicht die Hälfte der Kosten, die die Gründung eines besonderen Organs beanspruchen würde. Wer auf den „Volksstaat“ abonnirt ist, erhält dann das Gewerkschaftsorgan, das einen besonderen Titel führen kann, gratis mit. Außerdem können diejenigen, welche nur das Gewerkschaftsorgan wünschen, sich auf dasselbe besonders abonniren und zwar zu einem vierteljährlichen Preis von ca. 6 Sgr.

Beschließt in diesem Sinne der Kongreß, dann beschließt er etwas Praktisches, die Arbeiterinteressen nach jeder Seite hin förderndes. Es wird hohe Zeit, daß wir aus dem Hin- und Herschwanken und Experimentiren herauskommen und endlich festen Fuß fassen.

### Unsere „Erzieher“.

(Ein Rückblick auf die 20. allgemeine deutsche Lehrerversammlung.)

Alljährlich noch wirft die geistige Bewegung der vierziger Jahre, auf dem Gebiet der Pädagogik am entschiedensten und tüchtigsten von Diesterweg vertreten, aus alter Gewohnheit eine Welle ans Ufer, gewandt die allgemeine deutsche Lehrerversammlung. So breit diesmal die Welle war, so matt und flach verlief sie sich. Wie tief oder wie wenig tief Diesterweg's freier und hoher Geist von den deutschen Lehrern aufgefaßt sein mag, auf der 20. deutschen Lehrerversammlung ist er nicht zum Ausdruck gekommen. Die Verhandlungen waren

in ihrer Beziehung trostlos, man betrachte sie, von welchem Gesichtspunkte man wolle.

Dan sah ihnen wahrlich nicht an, daß sie von Fachmännern herrührten, denn sie strotzten von pädagogischem Kleinfingergewand. Dagegen blieb die wichtigste Frage: Wie weit führt der heutige Volksschulunterricht wirklich zu allgemeiner menschlicher Bildung, wie weit dient er andern Zwecken? — unberührt.

Sie verriethen auch keine Spur einer höhern Auffassung von der Stellung der Schule in der großen Kulturbewegung unserer Tage, keine Spur eines deutlichen Begriffs von dem bestimmten Wesen und eigenartigen Charakter der heutigen Gesellschaft. Was überhaupt von der Wechselbeziehung zwischen Schule und Leben und den Pflichten des Lehrers als Mitglied der Gesellschaft gesprochen wurde, hätte schon zu Olms Zeiten eine Lehrerversammlung der Welt aufstischen können, ohne sie zu verblässen. Weitab vor dem festen Boden der ungemüthlichen und kopfanstregenden Thatsachen schwindelten die gesagten Resolutionen im blauen Dunst allgemeiner Redensarten, wie:

„Der Lehrer hat sich volksfeindlichen Bestrebungen mit aller Entschiedenheit entgegenzustellen.“

„Die Schule, die auf der Höhe der Zeit steht, ist nicht schuld an dem sittlichen Verderbniß, welche die neuere Criminalstatistik aufgedeckt hat.“

„Was unsere Schüler zu lernen haben, soll erweitert oder beschränkt werden auf das, was sie in dem Stand sehen wird die Welt, in der sie eintreten und thätig sein werden, zu verstehen.“ (Sämmtlich Resolutionen der Versammlung.)

Dagegen ist kein Wort gefahren über die famosen preussischen Schulregulative und die eben so famosen preussischen Lehrerseminare keine Thatsache angezogen worden, die belehren konnte über das, was Staat und Gemeinde für die Schule, was sie für andre Zwecke gethan, den solches wäre „dem Herrn ein Grauel.“ Auch an die „Eisenstraße der Civilisation“, an welche Diesterweg seiner Zeit so entschieden herangetreten ist, an die Frage nach dem, was vor allem dem Volke Noth thut, ob es in seiner Mehrheit ein menschenwürdiges Dasein führt, ist die 21. allgemeine deutsche Lehrerversammlung nicht herangetreten. Man hätte sich doch billig erinnern sollen, daß Ueberarbeit, Nahrungs- und Wohnungs-Elend das Leben weit ungemüthlicher machen, als Unkenntniß der Hauptstädte und Grenzen der Länder, Unkenntniß in der Dynastie- und Kriegsgeschichte, u. s. w., und daß ferner, wo die Körper dahin sicken, die Gister gewiß nicht gefunden sollen. Hätte die Versammlung nicht fruchtlos werden müssen, daß trotz des Professorenstrotzes und Schulmeisterheeres die durchschnittliche Lebensdauer und Körpergröße eines großen Bruchtheils des Volkes seit lange relativ herabgedrückt wird? Daß die relative Unwissenheit und Armut desselben Bruchtheils in erschreckendem Maße zugenommen hat? (S. Liebig „die Chemie in ihrer Anwendung auf Agricultur und Physiologie“, 1862, Bd. I. S. 117. Marx, „Capital“, S. 212-230, 251, 389, 408, 463, 639 u. s. v. Selbst J. St. Mill bezweifelt, daß die Einführung der Maschinen u. s. w. die Lebensmühen nur eines einzigen Menschen vermindert, und glaubt, sie haben vielmehr nur ermöglicht, daß jetzt eine größere Anzahl von Menschen dasselbe elende Leben führen wie früher.)

Man erwähnte dann und wann die häusliche Erziehung, aber die blinde Schaar konnte ja nicht sehen, daß die Frauen- und Kinderarbeit in den untern Klassen der Gesellschaft ein Familienleben und eine häusliche Erziehung zur Illusion macht. (S. v. Scheel, Theorie der sozialen Frage S. 24: „Ein solches Verbot (der Arbeit verheirateter Frauen außerhalb ihres eignen Hauses und Geschäftes), verbunden mit der Kürzung des Arbeitstages u. s. w. erscheint als das einzige Mittel, die Familie und somit die Civilisation gegen den wirtschaftlichen Fortschritt zu schützen.“)

Für die „tiefen, sittlichen und kulturellen Schäden der modernen Gesellschaft“ und die im „heutigen Wirtschaftssysteme vorhandene Tendenz zu erheblicher Steigerung derselben“ (S. Professor Wagner, d. soziale Frage S. 2), gegen welche die Schule ja in erster Linie mitkämpfen soll, hatte die — antik Gesellschaft im Sagebiel'schen Saal, 5000 Köpfe stark, kein Auge. Sie sahen nicht, sie hörten nicht. Sogar dann noch, als Burgwardt aus Bismarck das Thema besprach, „die öffentliche Schule auf geistlichem Irwege“, und der besondern Art der heutigen Schule den Verfall der Sitten zur Last legte, „hlich man, wie die Kasse, im Bogen um die Frage, was denn eigentlich die Bemühungen der Schule vereitelt hat, herum.“

Auch in rein logischer Beziehung war es traurig mit den Debatten bestellt: Der eine Redner sprach von diesen Dingen, der andere von jenen. Es wurde eine ganze Kumpeltammer von pädagogischen Gemeinplätzen, allgemeinen Bemerkungen und feichten Redensarten für und wider die konfessionslose Schule, die man bei jeder passenden Gelegenheit anbrachte, ausgepackt. Niemand konzentrirte sich ein Kampf, der gegenzeitig zu tieferer Begründung nöthigte, auf Einen Punkt. In dieser Beziehung ging es her wie bei den Kämpfen unserer lieben Straßenjugend, wo auch der vorläufige Sieg, in der Regel ohne Kampf, derjenigen Partei zufällt, welche zuerst angreift, bis die stehenden Gegner ihre Rolle übernehmen. An einem Tage schien die Versammlung aus Anhängern, an andern aus Gegnern der konfessionslosen Schule zu bestehen. Heute verwarf man den Antrag, „So weit das Wissen den aus Unwissenheit stammenden Glauben aufhebt, muß von diesem Glauben Abstand genommen werden“, und morgen nahm man ihn in der allgemeinen, verwässerten Form „Unzulässig ist, daß irgend ein Unterricht sich mit den unbefruchteten Ergebnissen der Wissenschaften in Widerspruch setzt“, an. Hauptpastor Hirsche aus Hamburg fühlte sich bei der ungewohnt zahlreichen Zuhörerschaft so wohl, daß er gar nicht aufhören wollte mit dem Ausströmen seiner pädagogischen Dilettantenweisheit, bis endlich selbst diese Versammlung eine leise Scham beschlich, und Viele erhob nach Schluß riefen. So gedankenlos war die Versammlung, daß den Worten des Präsidenten „und nun bitte ich Sie, noch einen Antrag anzunehmen, ohne Debatte, bloß geleitet von den edelsten Ihrer Gefühle“, ein lebhaftes Handklatschen folgte, obgleich der Antrag erst ausgesprochen werden sollte.

Dieser Antrag, den die zahme Heerde ihrem Präsidenten-Hirten, wie immer, aus der Hand fragte, eine triederische Depesche an Wilhelm L. und seinen Reichskanzler zu senden, wurde

den auch ausgeführt. (Er wurde jedoch nicht einstimmig angenommen, wie der Präsident, ohne die Gegenprobe zu machen, fälschlich behauptete.) Diese Philisterei setzte Allen die Krone auf, wenn man an die lange, noch bestehende Herrschaft der preussischen Schulregulativen, an die erbärmliche Stellung der preussischen Volksschullehrer, an die geistliche Schulaufsicht u. s. w. denkt. Dabei muß es wahrlich ein Hohn auf Diefenweg erscheinen, daß man seine Büste in die Versammlung gebracht hatte. Wohl dem Mann, daß er lebend diese Kränkung nicht erfahren hat! — Lobend ist jedoch zu erwähnen, daß, mit Ausnahme der Vorversammlung, wenig in Nationalstolz und Franzosenfresserei gemacht wurde, und daß man sich weniger gegen das Internationalitätsprinzip, als gegen den Partikularismus auf die nationalen Hinterbeine stellte.

Mitunter besann die Versammlung sich auf sich selbst. So machte sie die Resolutionen von Richard Lange aus Hamburg zu erklären, „daß die Elementar-Volksschule, die den Schüler bis zum 12. Jahre behalten soll, für Alle unentgeltlich sein sollte, und daß die Aufnahme in die höhern Anstalten lediglich von der Begabung des Schülers abhängen sollte“, zu den übrigen. Es sind auch Aeußerungen, wie die von Richard Lange, daß für die Volksschule bislang kaum etwas Nennenswerthes gethan sei, und die eines andern Redners (Schwarz, Berlin), daß bei Erlass des Schulaufsichtsgesetzes der Reichskanzler gewiß nicht an die Schule gedacht habe, mit allseitigem Beifall aufgenommen worden.

Die Festsche, welche die Versammlung bei dem ersten Vortrage „die deutsche National-Volksschule“ von R. Lange zeigte, mußte ihr bei der darauffolgenden, fürchtbar zersahrenen Debatte wohl verloren gehen. Wenn die darauffolgenden Vorträge:

„Das Schulaufsichtsgesetz“, „Die öffentliche Schule auf gefährlichem Irwege“, „Der Einfluß der politischen u. s. w. Bestrebungen auf die Schule und ihr Verhalten zu den denselben“, „Welche Erweiterungen und Beschränkungen des Lehrstoffes fordert unsere Zeit und eine gesunde Pädagogik?“

mitunter die flauen Geister erfrischten, wie wenig Werthvolles sie auch enthielten, so mußten die Debatten sie bald wieder betäuben.

Außer den mehr interesselosen Erklärungen forderten die noch nicht erwähnten, angenommenen Resolutionen die Beseitigung der lokalen Schulaufsicht und Bestellung von Elementarlehrern als Schulinspektoren.

Bei den Abstimmungen erschien die Versammlung — mehr als anständig ist — von dem Präsidium abhängig.

Die Berichte der Hamburger Blätter lassen die Versammlung in einem schauerhaften Lichte erscheinen. Als Beispiel diene folgendes wörtliche Citat aus den „Hamburger Nachrichten“:

„Nehmann: (Berlin). Gegen das Schulgeld. (Wird häufig durch Schlußrufe unterbrochen. Der Präsident ersucht, Redner, die bei der Sache sind, nicht zu unterbrechen.)

Toselowsky: (Berlin). Für die deutsche Sprache und naturwissenschaftlichen Unterricht in den Seminarien.

Vangest: (Ostfriesland). Gegen das Schulgeld. Will eine desfallsige Petition an den Reichstag richten. Es wird Schluß der Debatte beantragt und angenommen.

Weber: (Leipzig). Für Errichtung einer pädagogischen Central-Bibliothek.

Hechtenberg: (Rheinl.). Für eine Reform der Seminarien und eine Verbindung der Elementar- mit der höhern Schule.

Bachhaus: (Osnabrück). Unsere modernen Bildungsmittel können sich nicht mit dem Latein vergleichen. Ich verkenne den Werth der Gymnasien durchaus nicht. Es giebt keine allgemeine Bildung des Geistes. Sie muß gegenständlich behandelt werden.

Doctor Meyer: (Lübeck). Der deutsche Lehrer, die deutsche Lehrerin müssen Charakter- und Gemüthsbildung haben, dann haben wir das Rechte gethan.

Rosenthal: (Berlin). Will, daß dem Bürger- und Gewerbeschüler die Berechtigung zur Freiwilligen-Heeranbildung zustehe.“

(W. Lange hatte nämlich, was wir nach seinem sonstigen Auftreten nicht erwarteten, das Institut der Einjährig-Freiwilligen an sich nicht angegriffen). —

Im Anschluß an ihre Berichterstattung nach vorstehender Probe haben mehrere Hamburger Blätter nachträglich in längern Leitartikeln über die 20. Lehrerversammlung den Stab gebrochen. Weder den Orthodoxen, noch den Liberalen, noch den Radikalen konnte diese Lehrerversammlung imponieren; Schuld daran mag sein, daß sie zu sehr den Charakter der Unreife oder der Eintagsfliege trug. Sie konnte es keinem — auch sich selbst nicht — recht machen, da sie sich ihrer Aufgabe nicht bewußt ward. Das war die Klippe, woran sie mit dem Glauben an ihren Erfolg zerschellt ist.

## Politische Uebersicht.

Bildung eines Hohenzollers. Gelegentlich der vom preussischen Kultusminister für die nächsten Tage zusammenberufenen Schulkonferenz erinnert ein Berliner Korrespondent der „Rheinischen Zig.“ an eine Konferenz von Lehrern und Seminardirektoren, die vom 15.—19. Januar 1849, auf Einladung des preussischen Kultusministeriums tagte, um die von der Lehrerbildung handelnden Theile eines Unterrichtsgesetzes zu beraten. Er erzählt dann wie folgt: „Friedrich Wilhelm IV. beehrte eine der Versammlungen dieser Konferenz durch seine Gegenwart und entwickelte seine Ansicht über die Sache durch eine Rede, welche jene Umkehr des preussischen Schulwesens einleitete, deren Folgen endlich jetzt nach 23 Jahren energisch (!) entgegengetreten (sonderbarer Schwärmer!) werden soll. Die merkwürdige (blos „merkwürdige“?) Rede lautete:

„All das Gland, das im verflochtenen Jahre über Preußen herein- gebrochen, ist Ihre, einzig Ihre Schuld, die Schuld der Aferbildung, der irrthümlichen Massenweisheit, die Sie als echte Weisheit verbreiten, mit der Sie den Glauben und die Treue in dem Gemüthe Meiner Unterthanen ausgerottet und deren Herzen von Mir ab- gewandt haben. Diese spauenhaft aufgestaute Scheinbildung habe Ich schon als Kronprinz aus innerer Seele gehaßt und als Regent Alles aufgebracht, um sie zu unterdrücken. Ich werde auf dem be- tretenen Wege fortgehen, ohne mich irren zu lassen; keine Macht der Erde soll mich davon abwendig machen. Zunächst müssen die Semi- narien (nämlich aus den großen Städten nach kleinen Orten verlegt werden, um den unheilvollen Einflüssen eines

verpeheten Zeitgeistes entzogen zu werden. Sodann muß das ganze Treiben in diesen Anstalten unter die strengste Aufsicht kommen. Nicht den Böbel fürchte ich, aber die unheiligen Lehren einer modernen, frivolsten Weltweisheit vergiften und untergraben mir meine Bureaucratie, auf die bisher Ich stolz zu sein glauben konnte. Doch so lange Ich noch das Heft in Händen führe, werde Ich solchen Unwesen zu steuern rufen.“

So sprach ein Mann, unter dessen Protection die Aca- demieen der Künste und der Wissenschaften standen und von dessen Genehmigung die Aufnahme neuer Mitglieder in jene Institute abhing. — Alle Lobsprüche, die in den Festreden, Glückwunschschriften und Toasten der Akademiker und Professoren auf jenen „erlauchten Beschützer der Kunst und Wissenschaft“ gehalten worden sind, zusammengestellt und als Motto davor die obige Konfe- renzrede gesetzt, als Schlußkapitel aber eine Flasche gezeichnet — und man hat ein Stück deutscher „Kultur“ — wie es drastischer L. um geschildert werden kann. —

Zur Kinderarbeit in den Fabriken. Bei der jüngst zu Kaiserlautern abgehaltenen protestantischen Diözesan- Synode wurde auch über die Leistungen der Schule im ver- flochtenen Jahre gesprochen. Dabei wurde berichtet, daß die Fabrik- arbeit in vielen Gemeinden das Ihrige dazu beiträgt, um die Leistungen der Schule herabzudrücken. So wurde beispielsweise aus Otterberg folgendes berichtet: „Schulkinder, sogar solche unter 10 Jahren, wurden in der Fabrik verwendet. Die- selben besuchten im Sommer, wie im Winter, von 5 bis 1/2 8 die Fabrik, von 8 bis 11 die Schule, von 11 bis 12 Uhr wieder die Fabrik, abends von 1 bis 3 Uhr die Schule, von 3 bis 7 oder 8, sogar öfters bis 10 Uhr Abends wieder die Fabrik; ja sogar Sonntag Morgens mußten diese armen Kinder wieder in die Fabrik.“ Aus Dilsbrücken wurde berichtet, daß dort unter Anderem „auch ein 12-jähriger Knabe täglich 12 bis 14 Stunden in der Fabrik auf der Lampertsmühle arbeiten und dabei noch außerdem einen Weg von 4 Stunden zurücklegen mußte. Von den zu Ostern 1871 konfirmirten, aber noch nicht aus der Schule entlassenen Kindern wurden viele sofort in den Fabriken beschäftigt; als hiegegen Einsprache erhoben wurde, half man sich damit, daß man die Kinder Nachts in den Fabriken arbeiten ließ und am Tage zur Schule schickte.“ —

Vor mehreren Wochen fanden bekanntlich in Bielitz (Mähriß-Österreich) tagelange Arbeiterrevolten statt, an denen nur Leute betheiligt waren, die dem Sozialismus gleich fern standen, wie aller Bildung überhaupt. Gleichwohl ver- suchte es die dortige Behörde, den Bielitzer Arbeiterverein für jene Vorfälle verantwortlich zu machen und hat sie zu diesem Zwecke die 6 Vorstandsmglieder sowie den Wirth des Arbeitervereinslokals verhaftet. Einer der Betroffenen schreibt darüber dem Wiener „Bolskwiller“:

„Für den Frevel, verübt von rohem Gefindel und Suben, muß der Vorstand des hierortigen Arbeitervereins büßen. Do- mann Berenz, dessen Stellvertreter Szyblit, Kassirer Geister, Schriftführer Kollach, Kassirer Pechwa, Ausschußmann Albrecht, der Wirth des Vereinslokals Schoppa, haben Zeit, hinter verschlossenen Thüren und vergitterten Fenstern darüber nachzusinnen, warum die Alten die „Gerechtigkeit“ mit verbun- denen Augen darstellten. Durch die Arbeiter wurde den Männern des Geses der Verein, resp. dessen Vorstand, als der alleinige Urheber des Straßenrauwalls bezeichnet, so daß das löbliche Gericht in sehr gerechtfertigter Entrüstung darüber, kategorisch zu untersuchen sich entschlossen hat, ob durch den harmlosen Arbeiterverein der Impuls zum Straßenstandal ge- geben worden ist. Sämmtliche Bücher und Schriften und die Baarschaft dieses Instituts, wurden durch die hohe Obrigkeit in Verwahrung genommen, um aus den erstern den Be- weis zu führen, daß nur durch den Verein, resp. dessen Redner, die Gemüther erregt, und „denzufolge“ zu Ausschreitungen hin- gerissen wurden. Durch Entziehen der baaren Kasse aber wird zu verhindern gesucht, daß irgend ein leidendes Mitglied des Bundes unterstützt werde. Als Hauptanklagepunkte werden hervorgehoben: die freiwillige Sammlung und Abfindung der Unterthugung für die strickenden Brüder in Jägerdorf und Tannwald, die theilweise schlecht verstandene Beantwortung der Wohnungsfrage durch Hugo Schmidt, und das energische Hin- weisen der Redner bei den Versammlungen auf recht zahlreiche Theilnahme, auf festes Zusammenhalten in dem Verein. Die Schlagwörter: „die Masse imponirt“, „innige Verschmelzung der Interessen Tausender gegenüber der Bedrückung könne erst das erbärmliche Loos der Arbeiter erträglich machen“, — sind ja schlagende Beweise, daß der Verein „Aufruhr“ gepredigt, dem unzufriedenen Arbeiter die Waffen in die Hand gedrückt hat. Sehr gut kalkulirt, ihr Herren! Aber Euer Kalkül hat ein Loch; ihr vergesst, daß auch im Arbeiter eine göttliche Flamme lodert, die ihm Muth und Kraft gibt, auszuhalten und nachzujagen seinem Ziele, das er für schön und gut hält. Je mehr Anfeindungen eine gute Sache erleidet, desto sicherer wächst sie und kann nicht untergehen! In dieser Ueberzeugung, Freunde, schicken wir Euch unseren Gruß in die Freiheit!“ —

Speisegettel der Versailler Blutrichter: Die Verurtheilungen gegen die Theilnehmer an der Pariser Commune beziffern sich nach Angabe der „Republique Française“ bis zum 27. Mai folgendermaßen:

Verurtheilt wurden zum Tode 73, zu Zwangsarbeit 212, zur Deportation nach einem befristeten Plaze 894, zur ein- fachen Deportation 2900, zur Haft 1169, zur Einschließung 60, zu Gefängniß bis zu 3 Monaten 305, zu Gefängniß über 3 Monate 1373, zu Gefängniß über 1 Jahr 1138, zur Ver- bannung 291; Zusammen 8416. Freigesprochen wurden 2112 oder etwa 20 pEt.

Unter den neulich Verurtheilten befindet sich ein 15-jähriger Knabe, der wegen angeblich verübter Requisition 5 Jahre Gefängniß erhielt. — Für je Einen der Bestraften und nach vielmonatlicher Unterjochungshaft freigelassenen zehn Rächer großgezogen — und die Armee der nächsten Communerévolution ist unüberwindbar. —

Blödsinn: Die Wiener „Tagespresse“ bringt folgendes, möglichst auffallend gedruckte Telegramm: „Paris, 30. Mai. In Barcelona und Madrid soll die Behörde geheime Nieder- lagen von großen Massen Petroleums, sowie in einer Druckerei einen Aufruf der Internationale mit den Schlusworten „Durch Gewalt zum Sieg!“ entdeckt haben.“

Wir denken, Gottlieb wird auch ohne Petroleum „einbal- samirt“! \*)

\*) Beim Ausbruch des Karlistenaufstandes soll er gegreint haben: Ich will Spanien nicht verlassen, außer einbalsamirt!

Die Inhaftirung der Leipziger Verurtheilten bleibt ohne allen Einfluß auf die Geschäfte der Partei und die Redaktion des Parteiorgans.

Es ist Sorge getragen, daß nach keiner Seite hin eine Lücke entsteht. Alle auf die Annahme des Gegen- theils sich gründenden Berechnungen werden elend zu Schanden werden. Die Sozialdemokratie ruht nicht auf einzelnen Personen. Wird Einer von seinem Posten entfernt, so tritt ein Anderer an die Stelle. Und so weiter. Denn die Leipziger sind nicht die Letzten.

Warnung. Aus Köln schreibt man uns, daß sich dort ein falscher Leo Frankel herumtreibt, um die Leute zu be- schwindeln sucht. Der Bursche, und dessen Signalement wir bitten, spricht gut Französisch und hat möglicherweise auch die Absicht, Geschäfte in Stieberen zu machen. Jedenfalls ist an- zunehmen, daß er auch anderswo sein Heil versuchen wird.

## Internationale Gewerkschaft der Mann- fatur-, Fabrik- und Handarbeiter.

Zum Gewerkschaftskongreß in Erfurt wird die Vor- ortsverwaltung vertreten sein und hat dieselbe unterlassen, ihre Ge- neralversammlung dahin einzuberufen, um der wichtigsten Aufgabe des Kongresses, Herstellung einer gesunden Hauptver- bindung unter den verschiedenen Gewerkschaften, — seinen Eintrag zu thun.

Sofort nach dem Erfurter Kongreß, werden weitere Schritte unsererseits erfolgen, um dessen Beschlüsse zur Durchführung zu bringen und die eigenen Angelegenheiten darnach zu regeln.

Die sämmtlichen Bevollmächtigten sind dringend aufgefordert, bis spätestens nach dem Erfurter Kongreß ihre genauen Adressen, die Stationen zur Zahlung des Wandergeldes, Zahl der steuernden Genossen und rückständige Rechnungsabläufe unverzüglich einzufenden, sonst ist keine Ordnung möglich. Sämliche werden unter Angabe der Dauer ihrer Sämigkeit im Organ genannt werden.

Entbehrliche Bücher und Karten bitten wir an und franco ein- zuwenden, damit wir keine Materialverschwendung nöthig haben. Sek- tionen, welche die besondern Mittel erschwingen können, mögen De- legirte mit Vollmacht nach Erfurt senden.

Die Vorortsverwaltung, Rotteler, z. J. I. Vorl.

## Internationale Gewerkschaft der Schuh- macher u. verwandten Gewerke.

Leipzig. Trozdem wir seit Kurzem in lebhaftem Briefwechsel mit dem Verwaltungsrath gestanden haben, waren fast alle Ant- worten von demselben — wenn überhaupt solche kamen — ungenügend, oder unverständlich, so daß wir uns genöthigt sehen, hiermit den Verwaltungsrath zu ersuchen, uns folgendes zu beantworten:

Einige Wochen vor Pfingsten wurde von der Mitgliedschaft Leipzig der Antrag gestellt, keinen selbstständigen Kongreß einzuberufen, sondern mit dem Allgemeinen Gewerkschaftskongreß in Erfurt zu tagen, dahin ein Mitglied des Aufsichtsraths zu schicken und dasselbe aus der Hauptkassse zu entschädigen.

Gleichzeitig mit diesem Antrag wurde dem Verwaltungsrath die Wahl eines zweiten Bevollmächtigten angezeigt; noch früher, gleich nach Ostern, wurde Geld an die Hauptkasse geschickt, welches uns wohl brieflich als erhalten angezeigt, aber trotz unserer Aufforderung nicht im „Bolskhaat“ quittirt wurde. Wie geht dies zu, daß, weder der Antrag von Leipzig noch brieflich beantwortet, noch Bevollmächtigter und Geldquittung öffentlich im „Bolskhaat“ bekannt gemacht wor- den sind?

Weiter sind uns um selbige Zeit zwei Briefe als unbestellbar von Nürnberg zurück gekommen; wir wußten nicht, was davon zu denken ist, bis sich herausstellte, daß der Vorsitzende des Verwaltungsraths abgereist war; die Neuwahl und Bekanntmachung mußte sofort ge- schehen; warum erst nach so viel Tagen oder Wochen? Dadurch wurde Zeit und Geld verschwendet.

Weiter ist es uns auffällig, daß wir unsere Briefe nicht vom Vorsitzenden beantwortet erhalten; es ist sogar schon vorgekommen, daß wir einen Brief als vom Verwaltungsrath ausgehend mit einer Unterschrift erhielten, deren Träger wir nicht in der Verwaltung finden; wenn er auch vielleicht seit Kurzem gewährt ist, so ist sein Name doch jedenfalls nicht bekannt gemacht worden. An den Vor- sitzenden sind alle Geschäftsbriefe zu adressiren und ist es Pflicht deselben, diese wieder selbst zu beantworten.

Weiter hat uns der Verwaltungsrath die Frage der Stuttgarter Mitgliedschaft noch nicht beantwortet. Gleichzeitig fragen wir an, da sich vor einiger Zeit, wie uns brieflich und im „Bolskhaat“ angezeigt wurde, Genossenschaften in Gelle und Würzburg gegründet, wie die Adressen der Beamten dajelbst lauten? Sind überhaupt keine Ver- änderungen in der Beamtensliste vorgegangen, oder ist kein Geld ein- geschickt worden? Im „Bolskhaat“ haben wir nichts gefunden. Weiter fragen wir Euch, ob Ihr unsern Kollegen in Mainz die gewünschte Gefälligkeit erzeigt habt in Betreff der Adressen, und wie es zuge- gangen ist mit der Nichtbeantwortung der Dresdner Briefe?

Weiter richten wir an Euch eine Frage in Betreff der Agita- tion, die Ihr schon im vorigen Jahr betrieben habt und für die Ihr jetzt wieder die der Hauptkasse zukommenden Gelder verwenden wolltet? Der Vorort, damals Leipzig, gewährte dies, verlangte aber Be- richt über den Stand der in der Umgebung vorgenommenen Agitation; leidet ist uns bis heute Nichts zugegangen und wir möchten hiermit, wenn möglich und es angebracht ist, auf dem bevor- stehenden Kongreß den Antrag stellen, daß, wenn Mitgliedschaften um Erlaubniß wegen Zurückbehaltung der Steuern bitten, um dieselben zur Agitation zu verwenden, auch Abrechnung über Verwendung derselben erfolgen muß.

Endlich haben wir an Euch die Frage gestellt, wie es mit der Hauptkasse steht hinsichtlich Freisetzung der Kosten nach Erfurt, und zugleich den Vorschlag unterbreitet, mit den sich jetzt in Bewegung legenden Leberarbeitern z. B. Sattlern u. s. w. in brieflichen Verkehr zu treten und an dieselben Anträge wegen Anstich zu richten.

Da wir alles Vorstehende schon vor einiger Zeit dem Vorort mit- getheilt haben, jedoch keine gründliche Antwort erfolgt ist, so verlangen wir von demselben so bald als möglich genügenden brieflichen Be- richt, um die nöthigen Vorkehrungen in Betreff des Kongresses zu treffen. Möge der Verwaltungsrath, der zu zahlreicher Theilnehmung auffordert, Sorge tragen, daß der Antrag der Leipziger Mitgliedschaft in Ausführung komme.

Der Aufsichtsrath: A. Schäfer, R. Herysch, K. Müller.

Dresden. Der Schuhmacher-Strik dauert fort. Zu- zug ist fern zu halten.

Alle Geldsendungen sind zu adressiren: Heinrich Zilger, Dresden, Palmstraße Nr. 20, partere.

Das Komitee der strikenden Schuhmacher, H. Zilger.

Stuttgart, 3. Juni. Anfrage. Der in Nr. 42 des „Bolskhaat“ ergangene Aufruf an verschiedene Gewerkschaften der Schuhmacher, darunter auch an die in Stuttgart, veranlaßt uns, dem Vorort der Internationalen Gewerkschaft der Schuhmacher in Nürnberg- Fürth folgendes zur Notiz zu geben:

Es wurde von uns vor kurzer Zeit ein Schreiben an dem Vor- ort unter der Adresse: „Herrn Köstlich, abzugeben: gr. Baum beim weißen Thurm in Nürnberg“, abgegangen, in welchem wir unsern Bei- tritt zur Gewerkschaft erklärten. Da wir aber auf dieses Schreiben keine Antwort erhielten, haben wir ein zweites in demselben Sinne und unter gleicher Adresse abgeandt, ohne aber bis jetzt eine Ant-

wort erhalten zu haben. In Folge dessen mußten wir natürlich unsere beifällige Correspondenz einstellen, indem wir ja nicht wußten, ob diese Briefe überhaupt nicht angekommen, oder ob sie unbeachtet gelassen und in den Papierkorb gewandert sind. Wir konnten deshalb auch keine besondern Forschungen treffen zu dem bevorstehenden Kongress, obgleich wir sehr für denselben eingenommen sind und Alles aufzubieten hätten, unsere Genossenschaft, wie auch das Interesse des Ganzen nach besten Kräften zu vertreten.

Wir bitten daher auf diesem Wege den Borort, obengenannte Verhältnisse zu prüfen, und uns nähere Auskunft auch über den bevorstehenden Kongress erteilen zu wollen, damit wir, wenn es die Zeit noch erlaubt, die nöthigen Vorkehrungen treffen können.

Schriftführer Schmid, Rothehof Nr. 29.

**Döbeln, 26. Mai.** Vereins- und Versammlungsverbot. Am 23. Mai meldete ich bei dem hiesigen Polizeiamte eine öffentliche Mitgliederversammlung der sozial-demokratischen Arbeiterpartei an, weil wir keine Volksversammlung abhalten dürfen, belam aber den Bescheid, „die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit könne gefährdet werden, daher wird die Versammlung verboten.“ Daraufhin betrachtete ich unsere Partei für aufgelöst (!!!) und schickte an die Mitglieder ein Zirkular, worin ich sie davon benachrichtigte und aufforderte, dem sozial-demokratischen Arbeiterverein beizutreten und sich in diesem Zirkular zu unterzeichnen, — was auch geschah. Dann schickte ich ein anderes Zirkular herum mit den Namen, welche gezeichnet hatten, und sagte darin, daß sich die Mitglieder einen provisorischen Vorstand wählen sollten; es ergab sich darauf folgendes Resultat: Wolke, erster Vorstand, Dittich, zweiter Vorstand, Müller, Schriftführer, Herrsborf und Martin, Revisoren, Karschner, Kalsirer.

Zu der Anmeldung bezogene ich den Verein als einen Lokalverein, welcher seine Sitzungen allwöchentlich Montags auf der Kuldenstrasse abhalte, und reichte nebenbei noch zwei Exemplare Statuten mit ein, worauf ich einen Bescheid bekam, welchen ich hier beigelegt habe (siehe weiter unten) und wovon ich unsere sämtlichen Lokalblätter ganz besonders Notiz zu nehmen bitte; denn so etwas ist gewiß in Sachsen noch nicht dagewesen.

Heinrich Wolke.

Der obgedachte „Bescheid“ lautet:

An Herrn Cigarrenarbeiter Heinrich Wolke hier!

„Auf Ihre Anzeige vom 27. d. M., die Gründung eines „Lokalvereins“ unter dem Namen „sozial-demokratischer Arbeiterverein“ betreffend, werden Sie andurch auf Grund von § 20 des Gesetzes, das Vereins- und Versammlungsrecht betreffend, vom 22. November 1850, beschieden, daß das Bestehen des gedachten Vereins nicht gestattet werden kann und derselbe hiermit aufgelöst wird, und zwar aus nachstehenden Gründen:

Die nur angezogene Gesetzesstelle verbietet unter Anderem auch Vereine, in deren Zwecke es liegt, zu Gesetzwidertretungen oder unsittlichen Handlungen geneigt zu machen.

Nun bezeichnet zwar § 1 der eingereichten Statuten nach seinem Wortlaute als Vereinszweck nur die Förderung der Würde und das materielle Interesse seiner Mitglieder wie der gesamten Arbeiterklasse, allein schon die Bezeichnung als „sozial-demokratischer“ Arbeiterverein weist satzungsmäßig nach, daß es bei dem Vereine um eine Vertretung und Agitation der Sozialdemokraten sich handelt, deren Tendenzen und grundsätzliche Bestrebungen lediglich auf eine zu Gunsten der Arbeiterklasse, nach Befinden selbst durch Gewalt oder sonstige geeignete Mittel herbeiführende Umstürzung der bestehenden Staatsverhältnisse gerichtet und nicht nur durch die Veröffentlichungen der gedachten Partei im Allgemeinen, sondern namentlich auch durch die vor Kurzem gegen Bebel und Liebknecht zu Leipzig geführten Schwurgerichtsverhandlungen unzweifelhaft nachgewiesen sind. Hierzu kommt für Döbeln noch der Umstand, daß alle von den beiden Vorstehern des fraglichen Vereins, zeitlich in Döbeln bei der sozialdemokratischen Partei veranfaßten öffentlichen Arbeiterversammlungen ohne Ausnahme und so entschieden von dem Charakter der Aufreizung gegen die bestehenden staatlichen Einrichtungen durchdrungen waren, daß eine dringende Gefahr für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit aus Anlaß von anderweitig seitens der sozialdemokratischen Partei hiesigen Orts einzuberufender Versammlungen zu befürchten war und daher die Abhaltung einer solchen Versammlung nicht mehr gestattet werden konnte.

Im Uebrigen erscheint aber auch das Bestehen des angezeigten sozialdemokratischen Vereins im Hinblick auf § 24 des angezogenen Gesetzes vom 22. November 1850, verbunden mit § 6 der Ausführungsverordnung vom 23. November 1850 deshalb unzulässig, weil die Vorsteher dieses Vereins in ihrer Anzeige vom 27. d. M. diesen selbst als hiesigen Lokalverein bezeichnen, ohne zugleich den Nachweis beigebracht zu haben, daß dieser Lokalverein auf Grund des einem entsprechenden Hauptvereine zustehenden Rechtes der Körperschaft gebildet worden ist.

Döbeln, den 29. Mai 1872.

Die Stadtpolizeibehörde.

Thiele, Bürgermeister.

Es ist gegen diesen ungeheuerlichen Bescheid Rekurs erhoben worden.

**Offen, 4. Juni.** Wir werden nächstens hier in Ossen einen zweiten Waldenburger Strike erleben, jedoch in vergrößelter Auflage. Die Vergleute Ossen und der Umgegend haben sich vereinigt, um ihre Lage zu verbessern, und eine Petition entworfen; dieselbe ist gestern, den 3. Juni, sämtlichen Grubenvorständen unterbreitet worden. Darin verlangen die Vergleute 1) 25 Prozent Lohnerhöhung, 2) achtstündig: Schicht, 3) die Brandföhlen, die die Vergleute zu ihrem eigenen Bedarf nötig haben, für den Preis von 2 1/2 Sgr. den Scheffel. — Die Bedenkzeit der Grubenvorstände dauert bis zum 15. Juni, wenn bis dahin unsere Forderungen nicht bewilligt sind, so wird die Einstellung der Arbeit erfolgen. Bis zum 2. Juni hatten sich 20 Föhlen, welche zusammen ungefähr 15,000 Vergleute umfassen, dem Verbande angeschlossen und immer melden sich noch mehr Föhlen an. Am vorigen Sonntag war hier in Ossen große Versammlung der Vergleute, welche ungeheuer besucht war. Darüber hier ein Bericht der national-liberalen „Ossener Zeitung“:

„Ossen, 3. Juni. Die gestern Morgen im Städtischen Garten hier selbst abgehaltene Versammlung von Vergleuten war so außerordentlich stark besucht, daß wir der Ansicht sein dürfen, das Lokal habe noch niemals eine gleich große Menschenmenge (circa 5-6000) in sich gefaßt. Zu Vorgesetzten der Versammlung wurden die Vorgesetzten des durch Deputierte der verschiedenen Föhlen gebildeten Komitees gewählt und muß speziell dem Leiter der Versammlung für sein ruhiges und objektives Verhalten Anerkennung gesollt werden. Um halb 11 Uhr wurde die Versammlung eröffnet und nachdem einige Redner über die Lage der Vergleute, die niedrigen Löhne, Steigerung aller Lebensbedürfnisse, Strafverfahren mancher Grubenverwaltungen bei verschiedenen Vorkommnissen (wie Vorfinden einzelner Steine in den Kohlen, zu spätes Erscheinen zur Schicht um wenige Minuten u.) gesprochen, wurden von der Versammlung einhellig folgende Forderungen angenommen: 1) Erhöhung der Bedinge (Löhne) bei Kohlen- und Steinarbeit um 25 Prozent; Annahme eines Normallohnes von 1 Zhr. 10 Sgr. bei Arbeit, wo sich kein anderes Bedinge vereinbaren läßt, wie bei nasser Arbeit, Wetter u. 2) Festsetzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden per Schicht, einschließlich des Ein- und Ausfahrens. 3) Wegfall des Beiladens (Auffahrens der Wagen). 4) Verhütung der Brandföhlen, wie sie zu Tage gefördert werden, zum Preise von 2 1/2 Sgr. pro Scheffel. Diese Bedingungen sollen heute den Grubenverwaltungen der sämtlichen 20 Föhlen, deren Vergleute sich zu diesem Vorgehen vereinigt haben, schriftlich zugestellt werden, und werden die Verwaltungen weiter aufgefordert, sich ebenfalls zu vereinigen und aus ihrer Mitte ein Komitee zu wählen, mit dem das Komitee der Vergleute verhandeln will. Der Einsitz der Föhlenverwaltungen muß bis zum 15. Juni d. J. getroffen sein. Nachdem diese Forderungen angenommen, wurde noch von mehreren Rednern fortgeführt, über die Gegenstände der Tagesordnung resp. die Forderungen u. zu sprechen und wurde von sämtlichen Rednern auf Einbringlichkeit ermahnt, zusammen zu halten und einzig zu sein und vor Allem die Deputierten in ihrem Vorgehen dadurch zu unterstützen, daß die sämtlichen Delegierten wie ein Mann hinter denselben ständen, wo ihnen etwa Maßregelungen u. zu Teil werden sollten. „Alle für Einen, Einer für Alle“ und „Einigkeit macht stark“ war der inhaltliche Kern mancher Ansprache, unter beneidliche durch Zitate, wie: „Alle Räder

sitzen still, wenn unser harter Arm's wöl“, den eventuell als kühneres Mittel einschlagenden Weg genugsam kennzeichneten. Weiter wurde zum Beschluß erhoben, daß das z. S. bestehende Komitee auch dann fortzuführen soll, die Interessen der Vergleute wahrzunehmen, wenn die jetzt aufgestellten Forderungen seitens der Föhlen, von denen man sich nicht mit Beredsamkeit will abfertigen lassen, angenommen werden sollten, um für die Folge auch die Durchführung der bewilligten Forderungen zu überwachen. Mehrere Redner besprachen noch das Verfahren einzelner Föhlenverwaltungen, gebahnt der durch die Zeitungen gebrauchten Durchschnittslöhne, unter Hinweisung auf mögliche Einrechnungen von Beamtengehältern darin, Außerachtlassen der Palverabzüge u. Die Versammlung schloß gegen 11 Uhr und kamen wegen vorgerückter Zeit eine große Anzahl von Rednern, die nur Vergleute sein durften, nicht mehr zum Wort. Weiteres bleibt nunmehr abzuwarten. Von allen Rednern wurde hervorgehoben, daß nur auf gesetzlichem Wege eine Durchführung der Forderungen erzielt werden soll. Die Versammlung verlief sehr ruhig.“

Hierher berichtet dasselbe Blatt:

„Im Inferatenteil der Nr. 120 d. Ztg. waren sämtliche Vergleute der Föhlen Anna und Karl in Altenen zu einer Versammlung behufs Besprechung der Lage der Vergleute eingeladen. Nach Eröffnung der Versammlung erging ein Bescheid von Föhle Gustav das Wort, worauf der anwesende Polizeikommissar von Altenen „kraft seines Amtes“ die Versammlung auflöste, weil Redner nicht Vergmann der eingeladenen Föhlen Anna und Karl sei. Den Vergleuten schien dieser Grund nicht stichhaltig, weshalb sie ruhig weiterredeten, ohne daran auch seitens des Polizeikommissars gehindert zu werden. Sehr erfreulich ist es, daß die Vergleute sich durchaus ruhig verhielten, obgleich sie die Maßregel des Herrn Polizeikommissars allgemein für einen Akt der Willkür ansehen. Mögen sie ihre Versammlungen auch ferner von den agitatorischen Elementen rein (?) halten und mit aller Ruhe und mit allem Anstande ihre Wünsche gehörigen Dries zur Geltung bringen; sie werden alsdann gewiß (?) gerechte Berücksichtigung finden!“

Zu gleicher Zeit fand eine Versammlung von Vergleuten in Rott bei Steele statt, in welcher vier Föhlen vertreten waren. Es wurde beschlossen, sich dem Ossener Komitee anzuschließen und je drei Deputierte gewählt, welche die betreffenden Föhlen vertreten sollen.“

**Wärzburg.** Abrechnung über den Schneiderstrike vom 8. April bis zum 17. desselben Monats: Es war uns leider un möglich, einen Bericht früher einreichen zu können, da wir mit Arbeit zu sehr überhäuft waren.

Einnahme: Für Darlehen-Scheine, welche wir à Stück 30 fr. für unrenn Strife angeben haben 249 fl. Für Kaleschen 111 fl. 45 fr. An freiwilligen Beiträgen, Geschenken und durch Sammlungen 64 fl. 1 fr. An Unterstützungen von auswärts 112 fl. 8 fr. Summa 536 fl. 54 fr. Ausgaben: Für Unterstützung der streikenden Arbeiter 498 fl. 33 fr. Für außerordentliche Ausgaben 38 fl. 21 fr. Summa 536 fl. 54 fr. Schuldenverzeichnis: Es gehen ab von der Einnahme von 536 fl. 54 fr.: Als Geschenk von Würzburg und Unterstützung von außen 171 fl. 3 fr. Bleibt somit ein Schuldenbestand von 365 fl. 51 fr. Dazu kommen noch für Rechnung an Inzeraten, Plakaten, Druck von Tarifen und Darlehensscheinen u. s. w. 27 fl. 48 fr. Summa 393 fl. 39 fr.

**Stuttgart.** Berichtung und Nachtrag. In der Abrechnung über den Strike der Tuchmacher („Volkshaar“ 43) wurde ein Beitrag einer Stuttgarter Volksversammlung von 12 fl. 42 fr. irrtümlich nicht angegeben, aber in der ganzen Summe verrechnet. Da nach der Abrechnung noch Beiträge eingelaufen sind, so sei bemerkt, daß gegenwärtig die ganze Summe mit Einschluß des Vorzuschusses der Hauptklasse Crimmitschau 617 fl. 21 fr. beträgt. An Unterstützung und sonstigen Ausgaben wurde ausbezahlt 606 fl. 29 fr. Ueberschuß 10 fl. 52 fr. Der Ueberschuß wurde für die streikenden Tuchmacher nach Lambrecht abgethan.

**Altona.** Hier ist noch immer Arbeitseinstellung, und zwar in höchst eigentümlicher Art. Zwar sind keine streikenden Gesellen mehr zu unterstehen, aber die streikenden Meister suchen zur Unterstützung Gesellen aus Dänemark und Schweden heranzuziehen, und verschmähen auch nicht, deutsche Knechte auf ihr Gesinde-Vermietungs-Bureau zu locken. Wir ersuchen deshalb alle Gewerks- und Parteigenossen, den Zugang abzuhalten.

Unser Bekehr ist Tischlerherberge, Rorderstr. 35 bei Gastwirt Köbler.

Das Komitee der Altonaer Tischlergesellen.

**Wülfen St. Niklas, den 14. Mai.** Das Stiftungsfest des Arbeitervereins zu Wülfen St. Niklas war ein Tag der Wiedererinnerung für die hiesige Sozial-Demokratie, und wird auf lange Zeit ein Tag der Erinnerung für die ganze Umgegend sein. Mehrere hunderte von Menschen, die der Saal nicht aufzunehmen vermochte, konnten an der Festeier, welche gestern Nachmittag 4 Uhr begann und bis zum andern Morgen dauerte, nicht Theil nehmen.

Eröffnet wurde der rednerische Theil von Herrn Engelhard aus Waidau, der daran erinnerte, wie schändlich die Gegner bei der letzten Wahlagitacion gegen unseren Kandidaten Liebknecht gehandelt; ihm schloß sich Herr Dohauer, ebenfalls aus Waidau, an, der seine Ansicht über Hochverrath und Hochverrathsprozeß aussprach und u. A. äußerte, daß wohl mancher der Anwesenden nur aus Neugier da sei, um den Landes- und Hochverräter zu sehen und zu hören; daß es aber gelte, ernstlich zu belehren und ernst zu streben. Dann ergriß das Wort Herr Liebknecht, der zunächst an die Worte der beiden Vordredner anknüpfte.

Von der letzten Wahl lebend, erwähnte er des berüchtigten Flugblatts, das ihm weiland im Gefängnis viel Spaß gemacht habe. Nun, die Gegner hätten eben gehen, was ihre Fähigkeiten ihnen zu thun möglich gemacht. Sonderbar sei der Haß, den Prediger des Christenthums und Schullehrer gegen die Sozialdemokraten hegen. Es sei schändliche Heuchelei, wenn der Priester die Religion der Liebe von der Kanzel predigte, daß der Krieg eine heilige Sache sei, und die Völker zur wilden Rache anzuflammen versuchten. Ganz unbegreiflich aber sei es, wie Lehrer einem Zustand zuzuschauen könnten, der die Volksschule begrabere habe, und Kavernen statt Schulen aufreichte, und die Universitäten (siehe Berlin) verfallen ließe.

Herr Liebknecht kam dann zur eigentlichen Festeier über die Rechte und Pflichten der Arbeiter. Er beleuchtete darin den Klassenunterschied des Arbeiters und Kapitalisten, die Armut der Arbeiter, die mangelhafte Wohnung, die schlechte Erziehung der Kinder und legte eine Statistik der Todesfälle vor, zwischen Armut und Reichtum, zeigte den traurigen Stand unserer Volksschulen, und wies das Recht des Arbeiters auf Bildung, Freiheit, und den Ertrag seiner Arbeit nach. Er entwickelte dann, wie der sozial-demokratische Arbeiter den Grundfragen der Sozialdemokratie gemäß leben, für sie wirken und kämpfen müsse. Die oberste Pflicht des Arbeiters sei, für seine Rechte zu ringen und, wenn es sein müsse, für die heilige Sache in den Tod zu gehen. Erst im freien Volkshaar können die Arbeiter Menschen sein. Schließlich sprach Herr Liebknecht über Kommunismus und zeigte, wo die „Theiler“ zu suchen sind.

Nach der Festeier kamen deklamatorische und Gesangsbeiträge, wobei Herr Liebknecht eine kleine Anekdote erzählte von einer Waise, welche sich, um den rollenden Wagen aufzuhalten, auf ein Rad setzte, da dies aber nicht gelang, erbittert zerquetscht wurde.

Die geistliche Theilerkeit dauerte bis spät in die Nacht hinein. Unseren Freunden und Parteigenossen von nah und fern unsern herzlichsten Dank für die Unterstützung und Theilnahme!

**Berlin.** Zur Harmonietheorie. Herr Hirsch schreibt in der neuesten Nummer des „Gewerksvereins“, nachdem er vorher die angeblichen Errungenschaften der „Einigungskämter“ gepriesen:

„Zu beklagen ist freilich um so mehr, daß gerade in solcher Zeit mehrere Strikes in unserer Organisation ausgebrochen sind. Das Danzig kommt die unerfreuliche Kunde, daß die dortigen Tischler, soweit sie bei Tischlermeistern arbeiten, am 1. Juni die Arbeit einstellen werden. Wenn aber hierdurch bei den Arbeitgebern, welche sich schon von der prinzipiellen Abneigung der Gewerkschaften gegen die Strikes überführt hatten, ein entgegengegesetzter Eindruck entstehen sollte, so wäre dies ein großer Irrthum. Möge Jeder die wahrheitsgetreuen Berichte über die Vorgänge vor Ausbruch des Danziger, wie des Posener Tischler-Strikes lesen, so wird er zugestehen müssen, daß die Arbeiter Alles aufgebieten haben, um ihre Existenz ohne Strike zu sichern, daß sie aber durch die Mehrzahl der Arbeitgeber (in Danzig sogar nur die eigentlichen Innungs-

meister) förmlich mit Hohn in den Strike hineingetrieben wurden. Das ändert denn doch die Sache gewaltig. Einen Krieg der Nothwehr hat noch kein Bernünftiger verdammt!“

Jüngst wurde gar ein nach einer kleinen Stadt gefandter Hirsch-scher Agitator von den Fabrikanten als „Sozialdemokrat“ niederbegehnt, als er in seiner Rede zur Bildung von Gewerksvereinen aufforderte. „Ob Bebel oder Hirsch, ob Liebknecht oder Schweizer — das ist ganz egal! sie reizen alle auf.“ Etwas Wahres liegt darin, nämlich die Erkenntnis, daß die Anhänger Hirschs schließlich nicht auf halbem Wege stehen bleiben können, sondern Sozialdemokraten werden müssen.

**Braunschweig.** Die hiesigen Kupfer-schmiedegesellen, welche vor einiger Zeit behufs Erreichung des 10stündigen Normal-Arbeits-tages einen Strike machten, sind aus dem Kampfe siegreich hervorgegangen. Nur 7 Mann, welche in der Judenthurnschmelze beschäftigt sind und sich weigerten, den Strike mitzumachen, haben auch fernerehin noch das Vergnügen, für den gleichen Lohn täglich eine Stunde länger zu arbeiten, als ihre Kollegen. Täglich eine Stunde mehr Arbeit, macht im Monat 3 und im Jahre 36 Tage, wofür die fortschrittseindlichen Gesellen keinen rothen Heller bekommen.

**Leipzig.** Folgendes Witz des „Neuen Sozialdemokrat“ dürfen wir unseren Mainzer Parteigenossen nicht vorenthalten. Der „Neue“ schreibt re daktionell:

„Wir machen unseren Parteigenossen die erfreulichste Mitteilung, daß in Mainz, wie uns Herr Schwitz benachrichtigt, gegen 200 Arbeiter dem Allg. deutsch. Arb.-Verein beigetreten sind. Dies ist allerdings ein sehr gutes Zeichen, daß gerade in jener Stadt, wo man soviel gegen unseren Verein gehetzt hat, sich derselbe und zwar ohne besonders starke Agitation dermaßen ausbreitet.“

Die 200 Mainzer gehören jedenfalls zu der Million, welche der „Neue“ vor einigen Tagen so bescheiden war, dem Allg. deutsch. Arbeiterverein zu annektieren.

**Dresden.** In der Stadtverordnetenversammlung vom Mai c. wurde der tägliche Lohn der Gaslaternenwärter von 11 auf 13 Sgr., und der Petroleumlaternenwärter von 13 auf 15 Sgr. allergnädigst erhöht.

**Quittung.**

Durch Herrn Rudolph Jacobi, sen. 29 Zdr. (Reunundzwanzig) erhalten zu haben, sowie durch Herrn Wegger 1 Rthl 8 Schilling und der Ertrag im Club „Lustige Brüber“ 4 Rthl 4 Schilling beigelegt dankend

Hamburg-Altona, den 26. Mai 1872.

Das Komitee der Former.  
F. A. Küsters.

**Berichtigung.**

Unter den Annoncen-Reklamen für III und IV Quart. 1871 ist Döbeln mit 5 Gr. irrtümlich aufgeführt.

**Die Expedition des „Volkshaar“.**

Für die Jahresten.

2 Zdr. von L. G.

Die Exped.

**Briefkasten**

der Expedition: Wolke, Döbeln f. Annonce 5 Sgr. Elena G. Stuttgart; Zfr. Abom. für Juni beträgt 8 Sgr.; Kaumann, Reunborf; Rechnen Sie 26 einzelne Nummern gleich einem Quartalsabonnement. Herrsch, Jährig f. Schrift. 4 Zdr. erh.; Born, Oberfeld f. Schriften 10 Sgr. erh.; Müller Goltz f. Abom. 16 Zdr. f. Schrift. 15 Zdr. erh.; Schöne Buchhdlg., Nürnberg f. Annonce 8 Sgr. erh. G. in Kuppen f. Abom. 9 Sgr. erh. G. K. Djenbach: Die Adresse des Soz.-Demt. ist: Gieschinerstr. 17. Berlin.

Der Redaktion: Zilger, Dresden: Absender der 2 Thaler heißt Dörner, Gewandgäßchen 1b. 3 Tr. — Offen: Es kann Ihnen nichts geschehen.

des Ausschusses: W. B. Sezen Sie sich mit Ludwig Scholl, bei Wm. Luz, St. Georgsstraße in Verbindung, und handeln Sie wie es nach lokalen Verhältnissen thunlich, in anderer Beziehung wünschenswerth und notwendig ist.

der Verwaltungskommission: Dr. M. in Berlin und Schm. in Göttingen; Beschwerden sind der Expedition zu sofortiger Abhilfe überweisen.

**Arbeitsmarkt.**

**Gesucht:** Ein zuverlässiger tüchtiger Schreiner findet bei hohem Lohn dauernde Beschäftigung. Zu erfragen bei J. Bann Waisenhausstr. 6 in Cassel.

**Für London.**

**Arbeiterbildungs-Verein.**

Deutsche Sektion der Internationalen Arbeiter-Assoziation. Unser Lokal befindet sich jetzt: Nr. 5 Pollen Street, Hannover Str. Hannover Square W. C.

Es finden abwechselnd Vorträge über soziale und politische Fragen statt. — Im Namen des Vereins der Sekretär: A. Gaulincourt.

**Für New-York.**

Sektion I der Internationalen Arbeiterassociation (Allgemeiner deutscher Arbeiterverein) zu New-York versammelt sich jeden Sonntag Abends 8 Uhr im 10. Ward-Hotel, corner (Cde) of Broome & Forsyth-Street.

**Für Hamburg.**

Sozial-demokratischer Arbeiterverein. Versammlung am Montag, 10. Juni, Abends 9 Uhr in Oberhafen's Clublokal, Zeughausmarkt 31.

Tagesordnung:

Bereitsangelegenheiten.

Die Mitgliedslisten sind vorzuzeigen. August Geib.

**Frankfurt a. M.**

Die Parteigenossen versammeln sich jeden Samstag Abends 9 Uhr im „Gasthaus zur Stadt Kreuznach“, Dominikanergasse Nr. 10. NB. Im Gastzimmer liegt der „Volkshaar“ ans.

**Für Leipzig.**

**Gewerkschaft der Holzarbeiter.**

Die Sektions-Versammlung der Tischler und Pianoarbeiten findet Montag den 10. Juni im Göthes Lokal, Nikolaisstr. statt. Aufnahme neuer Mitglieder. D. B.

**Für Leipzig.**

**Internationale Metallarbeiter-Gesellschaft.**

Mitgliederversammlung, Montag den 10. Juni Abends 8 Uhr in der Restauration zur Wilhelmstr., Marienstraße Nr. 9, Tagesordnung: Rechenschaftsbericht und Fortsetzung der Debatte. Aufnahme neuer Mitglieder. Der Vorstand.

**Für Reichenbach i. B.**

**Arbeiter-Marsch in's Elstertal**

nächsten Sonntag, früh 5 Uhr, wozu die Nachborte hiermit geladen werden. Zusammentreffen im sog. Lothaus gegen Mittag. Bei ungünstiger Witterung 8 Tage später.

**Einladung.**

Sonntag den 16. Juni Nachmittag 2 1/2 Uhr findet in Lugau das Stiftungsfest und die Einweihung eines neuen Turnplatzes statt, wozu wir alle Freunde und Parteigenossen, sowie Arbeiter und Turnvereine einladen. Der Turnplatz befindet sich in Müllers Restauration in der Nähe des Schlägelschen Gasthofs. Auf zahlreiche Theilnahme hoffen wir. Der sozial-demokratische Turnverein zu Lugau. Im Auftrag: G. Krause, II. Vorsteher.

Leipzig: Berantw. Redakteur A. Ruth; Redaktion u. Expedition: Rothehof 4; Druck u. Verlag v. F. F. F. F. F.